



Mendener Friedensinitiative  
**„Nicht in unserem Namen!“**

c/o Andreas Buderus  
am Steg 1  
53757 Sankt Augustin

0171 / 26 600 95

An den  
**Rat der Stadt Sankt Augustin**  
über den Haupt- und Digitalisierungsausschuss  
**c/o Herr Bürgermeister**  
**Max Peter Leitterstorf**  
**Rathaus**

53757 St. Augustin

Menden, 03.04.2022

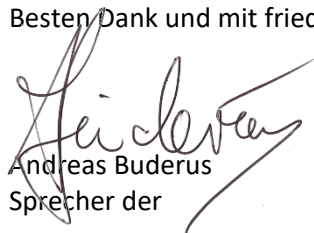
### **Bürgerantrag an den Stadtrat als Eilantrag**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Leitterstorf,

als Sprecher der Mendener Friedensinitiative „Nicht in unserem Namen!“ übersende ich Ihnen anbei einen Bürgerantrag gem. § 24 GO NRW und § 6 Hauptsatzung der Stadt Sankt Augustin als Eilantrag. Aufgrund der sich zuspitzenden Situation im Ukrainekrieg und der bereits feststehenden langfristigen Terminierung von Haupt- und Digitalisierungsausschuss und Stadtrat möchten wir Sie bitten, diesen Bürgerantrag noch auf die Tagesordnung der jeweils nächsten Sitzung am 06.04.22 (HuD) bzw. 05.05.22 (Stadtrat) zu nehmen und zur Diskussion zu stellen.

Für Erläuterungen und Erörterungen in der Sache stehe ich Ihnen gerne unter der o.g. Telefonnummer zur Verfügung.

Besten Dank und mit friedlichen Grüßen

  
Andreas Buderus  
Sprecher der

**Mendener Friedensinitiative**  
**„Nicht in unserem Namen!“**

Titel: **Sankt Augustin erklärt:**

## **„HET БОЙНЕ - Nein zum Krieg!“**

- Angesichts der **eskalierenden Kriegssituation in der Ukraine,**
- Im Bewusstsein der **politischen Bedeutung symbolischer Handlungen in Fragen von Krieg und Frieden,**
- **Jenseits formalrechtlicher Betrachtungen in Sachen einer gesetzlichen Zuständigkeit und rechtlichen Durchsetzbarkeit,**
- In Kenntnis der **Sorgen und Ängste vieler Sankt Augustiner BürgerInnen um eine weitere Eskalation des Ukrainekrieges auf weitere Länder Europas sowie die Bewahrung und Stärkung friedlicher Formen der Konfliktregulierung internationaler Krisen und**
- In großer **Sorge um die Prinzipien von Humanität und Nächstenliebe für die Zivilbevölkerung der Ukraine, der Volksrepubliken“ Luhansk“ und „Donezk“ sowie auch der Russischen Föderation**

möge der Rat der Stadt St. Augustin beschließen:

**„In Übereinstimmung mit**

- der **Charta der Vereinten Nationen (VN),**
- der **[Resolution ES-11/1 der VN-Generalversammlung](#)“,**
- Dem Aufruf **„[Gegen Krieg und Atomwaffen](#)“** seiner Heiligkeit des Dalai Lama, der Ärzte gegen den Atomtod (IPPNW) u.a. FriedensnobelpreisträgerInnen,
- der Erklärung der **EKD-Kirchenkonferenz** **„[Gewalt beenden, dem Hass entgegentreten](#)“,**
- dem Aufruf **„[Im Namen Gottes bitte ich euch: Beendet dieses Massaker!](#)“** seiner Heiligkeit Papst Franziskus,
- Dem Appell **„[HET БОЙНЕ - Nein zum Krieg! - Demokratie und Sozialstaat bewahren – Keine Hochrüstung ins Grundgesetz!](#)“,**
- der Erklärung **„[Krieg sofort beenden! Waffenstillstand jetzt!](#)“** des DGB-Bundesausschusses
- Der **Erklärung von russischen Friedensaktivist\*innen** **„[Es darf keinen Krieg geben!](#)“**
- Dem **[Aufruf der Bürgermeister für den Frieden zur friedlichen Beendigung des Ukrainekrieges](#)**
- Dem Aufruf des deutschen Kinderschutzbundes **„[gute Vorbereitung zur Aufnahme von Kindern aus der Ukraine](#)“** sowie den Appellen vieler anderer Organisationen, Vereine und Initiativen der Zivilgesellschaft,

**auf Basis**

- des **[antimilitaristischen Auftrages des Grundgesetzes](#)** für die Bundesrepublik Deutschland
- des völkerrechtlichen Prinzips von **[Humanität und friedlicher Konfliktlösung](#)**

und **in großer Sorge** um die

**Wahrung der [universellen und unveräußerlichen Menschenrechte](#)**

beschließt der Rat der Stadt Sankt Augustin:

- Der Rat der Stadt **Sankt Augustin**, die über ihren damaligen Bürgermeister Klaus Schumacher [seit 2005 Mitglied der Mayors for peace / Bürgermeister für den Frieden](#) ist, erklärt die Stadt Sankt Augustin mit sofortiger Wirkung (symbolisch) zur „[Atomwaffenfreien Zone](#)“.
- Der Rat der Stadt Sankt Augustin fordert
  1. die Bundesregierung auf, das Gebiet der Stadt Sankt Augustin bei ihrer zukünftigen Planung von der Lagerung, Stationierung und dem Transport von Atom- und sonstigen Massenvernichtungswaffen freizuhalten,
  2. den Kreistag, die KreistagsabgeordnetEn sowie die Kreisverwaltung auf, diesen Willen der Stadt Sankt Augustin bei Planung und Vollzug von Kreisaufgaben zu berücksichtigen,
  3. die Verwaltung auf, diesen Willen der Gemeinde bei allen konkreten Anliegen gegenüber den zuständigen Organen durchzusetzen,
  4. in dieser Angelegenheit Kontakte mit den BürgermeisterInnen ihrer Partnerstädte und den BürgermeisterInnen der 5 Mitgliedsstädte der Bürgermeister für den Frieden in der Ukraine und denen der 67 Mitgliedsstädte in Russland aufzunehmen, um mit diesen eine internationale Friedenskonferenz vorzubereiten.
- Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt als **konkrete, der Stadt Sankt Augustin mögliche Maßnahmen zur Umsetzung der [Resolution ES-11/1 der UN-Generalversammlung](#)**, in der u.a. „die sofortige friedliche Beilegung des Konflikts zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine **durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung und andere friedliche Mittel**“ gefordert und „nachdrücklich die fortgesetzten Anstrengungen (...) zur **Bewältigung der humanitären Krise und der Flüchtlingskrise**, die durch die Aggression der Russischen Föderation entstanden sind“ begrüßt werden, die folgenden Maßnahmen.
  1. die sofortige (symbolische) **Sperrung des Luftraums über dem Stadtgebiet der Stadt Sankt Augustin für jede Flugbewegung, die der Vorbereitung oder Durchführung militärischer Handlungen jeder Art dient** – egal auf welcher Seite!; dies schließt ausdrücklich auch Waffentransporte ein und gilt ausdrücklich nicht für Transporte von Hilfsgütern, Nahrung und medizinischem Gerät zur Unterstützung der Menschen in den Kriegsgebieten der Ukraine sowie der Volksrepubliken“ Luhansk“ und „Donezk“.
 

Dies ist umso bedeutender, weil bereits von Regierungsseite öffentlich mitgeteilt wurde, dass [„die Luftwaffe auch vom Flughafen Köln/Bonn im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg zum Einsatz kommen“](#) könnte.
  2. die sofortige (symbolische) **Sperrung aller Straßen und Plätze sowie Wege und Stege der Stadt Sankt Augustin für jede Bewegung militärischer oder ziviler Fahrzeuge, die der Vorbereitung oder Durchführung militärischer Handlungen jeder Art dient.**
- Der Rat der Stadt Sankt Augustin beauftragt die Verwaltung mit oberster Priorität und in Abstimmung mit den vor Ort aktiven politischen Parteien und zivilgesellschaftlichen lokalen Organisationen und mit aktiver BürgerInnen-beteiligung ein **zivilgesellschaftlich abgestimmtes überparteiliches Konzept zur dezentralen Unterbringung und Integration von Flüchtlingen** vorzubereiten und umzusetzen – nicht nur für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine!, dass insbesondere auch den Aspekt der zeitnahen **psychozialen Versorgung der traumatisierten Menschen** (v.a. auch Kinder!) beinhaltet und **konkrete Maßnahmen zur Unterstützung der Kindertageseinrichtungen und Schulen der Stadt Sankt Augustin und der dort BeschäftigtEn** vorsieht.

- Der Rat der Stadt Sankt Augustin beauftragt die Verwaltung umgehend und im Rahmen der [Kommunalrichtlinie der Bundesregierung](#) ein **Konzept zur Dekarbonisierung der Stadt Sankt Augustin** bis längstens 2030 zu entwickeln, vorzulegen und umzusetzen – mindestens jedoch aller kommunalen Immobilien einschließlich des Rathauses, der Kitas, Schulen und BürgerInnenhäuser. **Klimapolitik ist Friedenspolitik!**

#### **Begründung:**

Zwar hat die russische Föderation einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg begonnen, der durch nichts zu rechtfertigen ist. Dies ist allerdings gerade eine Warnung vor den Folgen eines solchen Krieges auf das gesellschaftliche Miteinander. **Denn unabhängig von der Schuldfrage besteht die Frage der Verantwortung für den Frieden weiter, und diese Verantwortung tragen alle Beteiligten.** Und beteiligt – nicht nur betroffen -sind wir alle; auch hier bei uns in Deutschland, im Rhein-Sieg-Kreis und in Sankt Augustin.

**„Nur gemeinsam mit den vormals verfeindeten Mächten kann eine neue Ordnung geschaffen werden, die auf Vertrauen und Kooperation baut und dadurch nachhaltige Wirkungen gewährleistet.“**

aus:

[Aufruf an verantwortungsbewusste Menschen in Politik und Zivilgesellschaft zum Beenden des Ukraine-Kriegs vom 28.03.2022](#)

von Prof Dr. Dr. h.c. Friedrich Glasl Österreicherischer Konflikt-/Friedensforscher und Mediator